

Zusammen schaffen wir das moderne Hamburg

**Koalitionsvertrag
über die Zusammenarbeit in der
21. Legislaturperiode
der Hamburgischen Bürgerschaft
zwischen der
SPD, Landesorganisation Hamburg
und
Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Hamburg**

- Zur Unterstützung der Inklusion in den Schulen soll künftig ein Expertenteam alle Schulen besuchen und Schulleitungen sowie Kollegien bei der Umsetzung der Inklusion beraten und die Schulen bei der Entwicklung eigener Konzepte passgenau unterstützen.
An Schwerpunktschulen, die Kinder mit dem Förderschwerpunkt „Hören“ betreuen, kann auf Antrag der Schulen das Wahlpflichtfach „Deutsche Gebärdensprache“ für alle eingeführt werden. Hierfür wird der notwendige Rahmenplan entwickelt.
- In der Lehramtsausbildung soll Inklusion ein Schwerpunkt werden.

Ganztag

An jeder Schule soll ein schuleigenes Qualitätsmanagement zur Verbesserung des Ganztagsangebots eingerichtet werden. Ziel ist, es Vor- und Nachmittagsangebote besser zu verbinden, Hausaufgabenhilfe und nachmittägliche Bildungs- und Förderangebote zu verbessern, die Aufenthaltsqualität der Schulräume zu verbessern sowie Ruhezeiten und Möglichkeiten zum freien Spiel auszubauen.

Die Schulen werden die Möglichkeit erhalten, mehr außerschulische Lernorte in das Ganztagsangebot einzubeziehen. Hierzu wird die Koordination und Kommunikation von Schulen, Trägern und anderen Einrichtungen vor Ort institutionalisiert. Eine wichtige Rolle spielen hierbei die regionalen Bildungskonferenzen.

Gymnasien können auf Wunsch und eigenen Antrag schrittweise zu rhythmisierten Ganztagschulen werden.

Viele schwerstbehinderte Schüler versäumen aufgrund ungünstiger Schulbuslinien täglich Schulzeit. Die Vertragspartner werden entsprechende Verbesserungen auf den Weg bringen.

Bis 2019 sollen alle Ganztagschulen mit insgesamt 170 Kantinen ausgestattet sein. Auf Antrag der Schulen können im Rahmen der jeweils vorhandenen Mittel in dieser Legislaturperiode 20 Produktionsküchen eingerichtet bzw. Aufwärmküchen zu Produktionsküchen umgebaut werden. In diesem Zusammenhang ist zu begrüßen, wenn die Schulen ein überzeugendes Konzept zu den Themen Ernährung und regionale Produkte aus regionaler Landwirtschaft vorlegen und die Produktionsküchen in der Nähe gelegene weitere Schulen mit Speisen beliefern.

Stadtteilschulen

Wir wollen Stadtteilschulen stärken. Zur Stärkung der Stadtteilschule wird die Multiprofessionalität des Schulpersonals (Lehrkräfte, Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Erzieherinnen und Erzieher, Therapeutinnen und Therapeuten) erhöht. Dazu gehört es, den Anteil der Gymnasiallehrkräfte an den Fachlehrkräften auf 50% zu erhöhen.

Die Berufs- und Studienorientierung ist fester Bestandteil des Unterrichts.

Der Senat wird den Fachunterricht in den einzelnen naturwissenschaftlichen Fächern und in Mathematik verbessern.

einer „inklusive Verbraucherzentrale“ umsetzen. Wir wollen die Verbraucherzentrale institutionell weiter stärken.

Das hohe Niveau der Lebensmittelsicherheit wird in Hamburg beibehalten werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Ergebnisse der amtlichen Lebensmittelüberwachung und festgestellter Verbrauchertäuschung veröffentlicht werden. Um die Transparenz zugunsten der Verbraucher zu erhöhen, verfolgen wir weiterhin die Einführung einer Hygiene-Ampel für Lebensmittelbetriebe einschließlich der Gastronomie. Soweit bundesrechtliche Regelungen nicht erreicht werden können, wird Hamburg gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Ländern eine freiwillige Regelung im einheitlichen Format einführen. Zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung werden wir mit den betroffenen Branchen, Experten und Initiativen in einen Dialog treten. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Kennzeichnungspflicht von gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln ein.

Banken können sich derzeit Geld extrem günstig beschaffen, ohne diese Vorteile an ihre Kunden weiterzugeben. Hamburg tritt daher im Bund weiterhin für eine gesetzliche Begrenzung von Dispositions- und Überziehungszinsen ein.

Wir wollen, dass u.a. bei Ratenzahlungsgeschäften, der privaten Altersvorsorge, Lebensversicherungen und bei Immobilienkauf und -finanzierung besser über Kosten und Ertrag aufgeklärt wird. Die Nutzung der „Riester-Rente“ zur Alterssicherung soll durch Kostenbegrenzungen und Bürokratieabbau verbessert werden.

Wir werden darauf dringen, dass Deutschland die Vorgabe der Europäischen Union zu einer Begrenzung der Vorfälligkeitsentschädigung bei Krediten umsetzt, um die Verbraucher bei der vorzeitigen Beendigung eines Darlehensvertrags zu schützen. Hamburg setzt sich außerdem dafür ein, dass die EU-Vorgabe, jedem die Führung eines Kontos („Konto für Jedermann“) zu ermöglichen, zeitnah in Deutschland gesetzlich vorgeschrieben wird.

Wir treten für eine Verstärkung des Tierschutzes ein. Das zielt zum einen auf die Massentierhaltung und die Förderung artgerechter Tierhaltung in Deutschland ab, zum anderen auf die Verringerung der Zahl der Tierversuche durch die konsequente Anwendung von Alternativmethoden, wo dies möglich ist. Wir wollen die Forschung zu den alternativen Versuchsmethoden voranbringen, etwa durch Ausschreibung eines Förderpreises. In der Tiermast setzen wir uns für die Verringerung der Antibiotikavergabe ein. Insbesondere wird angestrebt, den Einsatz von Reserveantibiotika zu vermeiden. Wir halten an einer kritischen Haltung zum Einsatz von Wildtieren im Zirkus fest.

Gleichstellung

Die Koalitionspartner begreifen die Gleichstellung als gesamtgesellschaftliche Herausforderung und Aufgabe aller Behörden.